

PRESSEINFORMATION



17. Dezember 2019

84/2019

Uwe Adler zu den Plänen für Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz

Auch Brandenburg verstärkt Kampf gegen Rechtsextremismus

Potsdam. In Berlin sind heute Pläne für eine Neuorganisation und Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechtsextremismus vorgestellt worden. Diese Aufgabe stellt sich auch im Land Brandenburg, das bereits Maßnahmen ergriffen hat, wie der SPD-Abgeordnete Uwe Adler unterstreicht.

„Die rechten Angriffe gegen Andersdenkende, anders Aussehende und gegen die Demokratie haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Das gilt für Brandenburg ebenso wie für Deutschland insgesamt. Es ist deshalb richtig und an der Zeit, dass der Bund reagiert und den Kampf gegen rechtsextreme Gewalt deutlich verstärkt. In Brandenburg haben wir zu diesem Zweck bereits neue Stellen beim Verfassungsschutz geschaffen und das Polizeigesetz überarbeitet. Damit sind wesentliche Grundlagen gelegt, um das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen rechte Strukturen und Gewalttäter zu intensivieren. Ein Konzept dafür sollte schnellstmöglich vorgelegt werden. Entscheidend sind zudem eine noch engere und von gegenseitigem Vertrauen getragene Kooperation der Behörden in Bund und Ländern.“

Der Innenpolitik-Experte Uwe Adler ergänzt: „Die vom Bundesinnenminister genannte Zahl von 12.000 potenziellen rechten Gewalttätern ist erschreckend. In Brandenburg sind nach Angaben des Verfassungsschutzes vom Juni fast 1.700 Personen der rechtsextremen Szene zuzurechnen, drei Viertel von ihnen gelten als gewaltbereit. Im vergangenen Jahr war bei der politisch motivierten Kriminalität von rechts ein Anstieg um fünf Prozent zu verzeichnen. Diese Zahlen zeigen: Auch Brandenburg tut gut daran, den Kampf gegen Rechtsextremismus zu verstärken und insbesondere gegen die zunehmende Vernetzung vorzugehen. Dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang heute ausdrücklich auch die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative und den so genannten „Flügel“ in der AfD nennt, ist richtig: Die AfD gerade in Brandenburg verweigert jede Grenzziehung zu radikalen Rechten, ja sie sucht mancherorts die Zusammenarbeit mit Extremisten und Feinden der Demokratie. Brandenburg bleibt das Land, in dem auch zukünftig Solidarität, Toleranz und Vielfalt zu den Maßstäben unseres Zusammenlebens im Miteinander gehören.“